

INTERVIEW FRANZ JOSEF RADERMACHER

„Elektromobilität gefährdet den Wohlstand“

Der Ulmer IT-Professor und Umweltwissenschaftler sieht die Corona-Krise als Chance, beim Klimaschutz auf Wasserstoff zu setzen.

Der Klimaexperte Franz Josef Radermacher gilt als Querdenker. Seinen Ansatz hat er im Buch „Der Milliardenjoker – wie Deutschland den globalen Klimaschutz revolutionieren könnte“ dargelegt.

Die Corona-Krise hat der Umwelt gut getan. Vor allem der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids ist erheblich gesunken. Dürfen sich Umweltaktivisten jetzt freuen?

RADERMACHER Die Corona-Krise verschafft der Umwelt eine Verschnaufpause. Das ist richtig, aber auch trivial. Es ist nun mal so, dass in Bezug auf Klima, Ressourcen und Wasser wir Menschen das eigentliche Problem sind. Je wohlhabender wir sind, umso intensiver wird unser Leben. Aber umso mehr belasten wir gleichzeitig unsere Umwelt. Aus diesem Blickwinkel wäre es das Beste, wir treten von dieser Erde ab, dann ist der Umwelt, dem Klima und den anderen Ressourcen am meisten gedient.

Das ist aber keine Lösung.

RADERMACHER (lacht) Deshalb habe ich große Teile meines Wissenschaftlerlebens damit verbracht herauszufinden, wie wir eine intensive und spannende Welt für zehn Milliarden Menschen, die wir bis zum Jahr 2050 erwarten, organisieren können und zwar in einer Weise, die gleichzeitig positiv für die Umwelt, das Klima und die Ressourcenbasis wirkt.

Haben Sie durch die Corona-Krise neue Einsichten bekommen?

RADERMACHER Die Pandemie bedeutet einen dauerhaften Einbruch gegenüber einem gedachten Szenario ohne dieses Ereignis. Wir werden ein paar Prozentpunkte unterhalb des ökologischen Belastungs-Niveaus bleiben, das wir sonst über höheres weltwirtschaftliches Wachstum erreicht hätten.

Sehen Sie darin ein Problem?

RADERMACHER Für das Klima ist es zweifellos eine Erleichterung, für die ärmeren Länder ist es eine Katastrophe. Es wirft sie um zehn Jahre zurück. Ich fürchte: Der Hunger in Indien, Bangladesch und Afrika kehrt



Seitenteile für das neue Elektroauto ID.3 werden im sächsischen Presswerk von Volkswagen in Zwickau produziert.

FOTO: DPA

zurück und wird in den schon bestehenden Notstandsgebieten noch größer.

Wir treiben jetzt die Ökologisierung unserer Wirtschaft voran. Dafür steht auch das neue Konjunkturpaket, das etwa den Kauf von Elektroautos fördern will ...

RADERMACHER ... was leider kein kluger Weg ist. Deutschland und die EU lenken die Wirtschaft mit den Milliardensubventionen für erneuerbare Energien, „made in Europe“ und die Elektromobilität in eine Richtung, die unseren Wohlstand gefährdet.

Hören wir richtig? Sie wollen weg von der ökologischen Erneuerung der Wirtschaft?

RADERMACHER Wir brauchen eine ökologische Erneuerung, aber anders. Ich halte den alternativen Weg, synthetische Kraftstoffe für unsere Autos zu fördern, für den besseren. Dieser Weg ist jedoch verpö-

Die grüne Lobby will diesen Weg allenfalls für Lastwagen, Schiffe und Flugzeuge zulassen. Das ist Teil der gerade verabschiedeten Wasserstoffstrategie in Deutschland. Das ist aber zu wenig.

Das würde dem einmal eingeschlagenen Weg widersprechen.

RADERMACHER Das ist richtig. Aber wenn wir von den fossilen Energieträgern weg wollen, müssen wir das tun. Elektroautos sind im Fahrbetrieb nicht klimaneutral, weil es die benötigten Mengen an grünem Strom nicht gibt. In der Herstellung sind sie überhaupt nicht klimaneutral. Trotzdem behandeln wir sie regulativ als klimaneutral. Synthetische Kraftstoffe sind klimaneutral. Sie werden aber regulativ schlechter gestellt als Elektroautos, weil sie im Betrieb als Benzin oder Diesel Emissionen verursachen. Für die gesamte Klimabilanz sind sie aber weitaus besser, weil die entsprechenden Emissionen sonst ohne-

INFO



F.J. Radermacher FOTO: UNI ULM

Unkonventioneller Umweltwissenschaftler

Person Franz Josef Radermacher ist Informatik-Professor an der Uni Ulm und Chef des Instituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung.

Desertec Eine Form der Energiegewinnung in der Wüste wurde im Projekt Desertec unternommen. Die beteiligten Konzerne kürzten jedoch die Mittel.

hin schon vorher in die Atmosphäre gelangt wären.

Um diese Kraftstoffe herzustellen, müssen wir mit Ländern, in denen die Sonne öfters scheint und viel Boden vorhanden ist, kooperieren. Oft ist die politische Situation dort schwierig.

RADERMACHER Wir müssen es aber versuchen. Afrika mit seinen Wüsten und Savannen ist dafür ein Ort. Wenn wir z. B. mit den afrikanischen Ländern eng kooperieren, dort massiv erneuerbare Energien produzieren und über grüne Wasserstofftechnologie synthetische Kraftstoffe produzieren, bringen wir Wohlstand in diese Länder und nützen dem Klima – und uns selber. Jetzt satteln wir nach der Corona-Krise drauf und verzögern damit den dringend benötigten Aufschwung. Und mit dem vielen Geld fördern wir teilweise die falschen Technologien und bauen dafür gigantische Schuldenberge auf, die uns in Zukunft Handlungs-

fähigkeit nehmen werden. Das kann uns um Jahre zurückwerfen.

Wie soll denn der neue globale Ansatz aussehen?

RADERMACHER Ich setze z. B. auf eine enge Zusammenarbeit mit Afrika, wie es Entwicklungsminister Gerd Müller vorschlägt und auch vorantreibt. In Afrika wird sich bis 2050 die Bevölkerung auf etwa 2,4 Milliarden Menschen verdoppeln. China und die USA sind heute nicht wirklich an der Eindämmung der CO₂-Emissionen interessiert. Das ist fatal für den Globus. Hoffentlich wird sich das irgendwann ändern. Bis dahin müssen wir andere Strategien verfolgen.

Aber nach Corona soll erst einmal die Wirtschaft schnell wachsen, wie Sie sagen.

RADERMACHER Vor allem darf die Wirtschaft nicht mit ineffizientem Klimaschutz stranguliert werden. Dazu zählen aber die vielen gutgemeinten Milliardeninvestitionen in fragwürdige Ansätze wie Elektroautos als Basis des gesamten Individualverkehrs oder energetische Sanierung aller Gebäude im Wärmebereich, statt Suche nach einem klimaneutralen, synthetischen Heizöl. Die Corona-Krise böte die Chance, hier umzudenken. Den Pakt mit Afrika habe ich angesprochen. Der stärkere Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente wie einer CO₂-Steuer oder einem weltweiten Handel mit CO₂-Zertifikaten käme hinzu.

Was passiert, wenn wir den Klimawandel nicht ausreichend dämpfen können?

RADERMACHER Dann erwarte ich in Zukunft brutale Verhältnisse, sehr viele vorzeitige Todesfälle und in manchen Gegenden bürgerkriegsähnliche Zustände, weil dann zehn Milliarden Menschen nicht in Wohlstand und im Einklang mit der Umwelt leben können. Leider ist dieses Szenario mindestens so wahrscheinlich wie eine Lösung des Klimaproblems. Wir haben noch Zeit, uns für einen klugen Weg zu entscheiden, aber nicht mehr allzu viel.

MARTIN KESSLER FÜHRTE DAS GESPRÄCH.

NRW-Ministerpräsident Laschet bricht in der Wählergunst ein

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat einer aktuellen Umfrage zufolge Federn lassen müssen. Laut dem NRW-Trend des Meinungsforschungsinstituts Infratest Dimap für den WDR sind noch 46 Prozent der Befragten mit seiner politischen Arbeit zufrieden – das ist ein Einbruch um 19 Prozentpunkte gegenüber dem Aprilwert. Die Zahl der Unzufriedenen stieg um 15 Punkte auf 45

Prozent. Laschets Arbeit wird demnach schlechter bewertet als vor der Corona-Zeit: Im November 2019 waren 54 Prozent der Befragten mit seiner Arbeit noch zufrieden gewesen, die Zahl der Unzufriedenen lag bei 35 Prozent.

„Diese Landesregierung hat bisher nur Chaos verursacht“, sagte Oppositionsführer Thomas Kutschat (SPD) unserer Redaktion. „Das kommt davon, wenn man selbst keine klare Linie hat und stattdessen nur darauf hört, was PR-Agenturen

einem einflüstern. Das wirkt dann schnell beliebig und vor allem nicht überzeugend.“ Er vermisse bei Armin Laschet einen klaren Kurs und den Dialog mit den Menschen im Land, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag. „Keine einzige Entscheidung wurde bisher auch nur ansatzweise mit oder in der Öffentlichkeit diskutiert. Das gleicht dann eher der Papstwahl: Verkündung statt Dialog.“ Die Verunsicherung zeige sich jetzt auch in seinen Umfragewerten.“

Wären am Sonntag Landtagswahlen, hätte die amtierende schwarz-gelbe Landesregierung im Augenblick keine Mehrheit mehr. Bei der sogenannten Sonntagsfrage kam die CDU auf 37 Prozent – ein Minus von drei Punkten gegenüber dem April. Die FDP liegt unverändert bei sieben Prozent. Die SPD konnte sich nach ihrem Negativrekord im April zumindest leicht erholen und liegt mit 20 Prozent (plus eins) gleichauf mit den Grünen (20 Prozent). Auch die AfD legt leicht zu und kommt auf

sieben Prozent (plus eins). Die Linke würde mit unverändert vier Prozent den Einzug in den Landtag verpassen.

Befragt wurden die Bürger in Nordrhein-Westfalen auch zur Lockerungspolitik der Landesregierung im Zuge der Corona-Maßnahmen: Dort stieß insbesondere der heute startende Regelbetrieb an den Grundschulen auf Ablehnung: Nach Ansicht von 52 Prozent der Wahlberechtigten hätte man damit bis nach den Sommerferien warten sollen. 40 Prozent der

Befragten finden die Entscheidung richtig.

Insgesamt befürworten allerdings die meisten in der Umfrage den Lockerkurs der Regierung Laschet: Eine Mehrheit von 60 Prozent der Befragten findet den Umfang der Erleichterungen alles in allem richtig. Diese mehrheitliche Unterstützung findet sich in allen Parteienlagern. 28 Prozent empfinden die Normalisierungen als zu weitgehend, für neun Prozent gehen die Kursänderungen nicht weit genug.

SPD verlangt bei Wahlreform Tempo

Der Bundestag droht immer größer zu werden. Bislang bremst vor allem die CSU.

BERLIN (jd) Um für die nächste Bundestagswahl zumindest mit einer Notlösung das Auflösen des Parlaments zu verhindern, drückt die SPD-Bundestagsfraktion aufs Tempo. Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer, Carsten Schneider, verlangt von der Union, rasch Farbe zu bekennen. „Ich erwarte, dass CSU und CDU in dieser Woche eine belastbare Erklärung abgeben, ob und wie sie sich an einer Lösung beteiligen wollen“, sagte er unserer Redaktion.

Seit Jahren streiten die Fraktionen über eine Reform des Wahlrechts, um Besonderheiten im System zu beseitigen, die zuletzt zu einem starken Anstieg der Abgeordnetenzahlen führten. Der Bundestag ist mit 709 Abgeordneten mittlerweile das

größte demokratische Parlament der Welt, nur der chinesische Volkskongress hat noch mehr Mitglieder. Bei der nächsten Wahl könnten es mehr als 800 Abgeordnete werden. Ein Reformentwurf von Linken, FDP und



Carsten Schneider (SPD). FOTO: DPA

Grünen, der besonders den kleinen Parteien nutzen würde, stieß bislang auf nicht genug Anklang. Vor drei Monaten habe die SPD mit ihrem Brückenmodell die Basis für eine Einigung zwischen den Fraktionen im Bundestag vorgelegt, sagte nun Schneider. Es sieht im Kern eine Obergrenze von 690 Abgeordneten vor. Kandidaten, die ein Überhangmandat per Erststimme erhalten würden, sollen jenseits dieser Grenze leer ausgehen. Das stößt vor allem der CSU bitter auf. Schneider mahnte zur Eile. Auch beim Wahlrecht müsse eine politische Verständigung möglich sein. „Die Unionsparteien hatten nun ausreichend Zeit, ihre internen Meinungsverschiedenheiten zu klären“, sagte der SPD-Politiker.

Teile der Union halten an „Rasse“ fest

Mehrere Abgeordnete lehnen eine Verfassungsänderung ab. Die Grünen legen nach.

BERLIN (jd/dpa) Nach Widerstand aus der Unionsfraktion haben die Grünen ihre Forderung nach Streichung des Begriffs „Rasse“ aus dem Grundgesetz verteidigt. „Beim Begriff ‚Rasse‘ geht es um mehr als Symbolpolitik sondern um unser Selbstverständnis als Gesellschaft und Staat“, sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. „Das Wort ‚Rasse‘ ist vergiftet. Menschen so wie Tiere in Rassen unterteilen zu wollen, das war nie einfach so da.“ Diese zutiefst inhumane Idee sei historisch als Rechtfertigung eines brutalen Kolonialismus geschaffen worden und verfolgte schon immer einen politischen Zweck: Eine Gruppe Menschen als unterlegen darzustellen, sie herabzusetzen und sie ihrer Rech-

te zu berauben, so Göring-Eckardt. „Der Begriff Rasse steht für eine Geschichte und Gegenwart von Gewalt und Schmerz, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit.“

In der Union war der Vorstoß auf Skepsis und Ablehnung gestoßen. Eine solche Streichung sei „eher Symbolpolitik und bringt uns in der Sache keinen Schritt weiter“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Mathias Middelberg (CDU), der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Auch die Vorsitzende des Innenausschusses, Andrea Lindholz (CSU), sagte, sie halte die Forderung für „eine eher hilflose Scheindebatte“. Eine Streichung des Begriffs könne zudem die Rechtsprechung erschweren, argumentierte

sie. „Ohne einen entsprechenden Rechtsbegriff, der auch völkerrechtlich verankert ist, könnte Rassismus juristisch noch schwieriger zu greifen sein.“ Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) riet zu einer sorgfältigen Prüfung einer möglichen Änderung, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) hatten bereits Offenheit für eine Änderung des Artikel 3 Grundgesetz signalisiert, der sich gegen Diskriminierung richtet und in dem der „Rasse“-Begriff verwendet wird.

Göring-Eckardt pocht auf Fortschritt. „Wer unsere Verfassung wertschätzt, der muss dafür eintreten, sie besser zu machen“, sagte die Grünen-Politikerin.